

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Einführung einer Barter - Card (Tausch - Karte), um gemeinnützige Tätigkeiten in unserer Stadt attraktiver zu gestalten

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Meine Anfrage betrifft die Einführung einer Barter – Card, einer so genannten Tausch - Karte, um gemeinnützige Tätigkeiten in unserer Stadt attraktiver zu gestalten. Unsere Stadt ist menschlich, aber auch finanziell von engagierten freiwilligen Mitarbeitern abhängig. Hunderte Menschen packen täglich gemeinnützig an und helfen so mit, unser Graz noch lebenswerter zu machen.

Jugendliche lernen bei diesen Tätigkeiten vieles, was man mit Schlagworten wie Zivilcourage, Kooperation, Rücksichtnahme, Solidarität, Aufgeschlossenheit und Einsatzbereitschaft beschreibt.

Um gemeinnützige Tätigkeiten für Jugendliche noch attraktiver zu gestalten, wäre die Einführung einer Barter - Card (einer so genannten Tausch - Karte) sehr sinnvoll. Der Magistrat bietet eine Liste von ehrenamtlicher Beschäftigung an. Für die erbrachte Arbeit bekommt der Jugendliche Punkte auf die Barter - Card gutgeschrieben. Mit diesen Punkten kann sich die junge Bürgerin beziehungsweise der junge Bürger im Gegenzug aus einem breiten Angebot, welches unsere Stadt bereitstellt, Leistungen einkaufen (beispielsweise: Badeeintritt, Theater, Oper, GVB – Tickets...).

In einer obersteirischen Gemeinde wurde ein solches System speziell für Jugendliche eingerichtet und beeindruckend angenommen.

Namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e,

ob du bereit bist, die zuständigen Stellen zu beauftragen, ein Konzept für eine so genannte Barter - Card erarbeiten zu lassen? (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Verbesserung der Kommunikation zwischen Stadt- und Bezirksebene

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Anfrage beschäftigt sich mit der Verbesserung der Kommunikation zwischen der Bezirks- und der Stadtebene. Dass die Bezirksdemokratie ein zartes Pflänzchen ist, das es zu pflegen gilt, um es nicht verdorren zu lassen und damit zur viel zitierten Politikmüdigkeit beizutragen, ist wohl allen hier in unserem Hause bewusst. Wobei es bisweilen naturgemäß unterschiedliche Intentionen beziehungsweise Prioritätensetzungen in den einzelnen Ebenen geben kann. Als Beispiel dafür steht die geplante GVB-Haltestelle Prangelgasse, gegen die es im Bezirksratsbeschluss eine Mehrheit gegeben hat von SPÖ, ÖVP und KPÖ. Demgegenüber das Ansinnen des zuständigen Stadtsenatsreferenten, diese Haltestelle auf jeden Fall umsetzen zu wollen, grundsätzlich einmal festgeschrieben ist.

Ich will hier nicht die Für und Wider einer solchen Haltestelle erörtern, es geht um rund 150 Meter, die von Fachhochschulabsolventen, meist junge und jugendliche und aktive Menschen, die hier diese Schule besuchen, dass sie diese Wegstrecke bewältigen müssen, also das will ich hier nicht jetzt in dieser Anfrage diskutieren und erörtern. Ich halte es jedoch im Grundsatz für wünschenswert, dass über diese Für und Wider, meine Damen und Herren, zwischen den beiden Seiten, zwischen der Bezirksebene und der Stadtpolitik, intensiv und ernsthaft eine Kommunikation geführt wird, damit nicht auf Bezirksebene der schale Nachgeschmack verbleibt, dass es, um

es auf gut steirisch zu sagen, der so genannte Ober den Unter automatisch sticht und die Bezirksbedenken und diese wirklich ernsthaften und gut überlegten Einwände nicht zur Kenntnis genommen werden. Zumindest hat die Bezirksvorstehung in Eggenberg diesen Eindruck.

In diesem Sinne sehr geehrter Herr Bürgermeister, stelle ich daher an Sie, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz auf die Mitglieder der Stadtregierung einzuwirken, die Kommunikation mit der Bezirksvorstehung zu verbessern und vor allem auch dann, wenn Bezirksratsbeschlüsse vorliegen, die den Intentionen von StadtsenatsreferentInnen nicht entsprechen, insofern der Kontakt gesucht beziehungsweise ermöglicht wird, dass auch die Bezirksvertretungen ihre Einwände und Überlegungen hier vorbringen können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank für diese Anfrage. Es gibt ja, wenn man sich umhört bei den Grazer Bezirksvertretern, der wir vor über zehn Jahren die Möglichkeit der Bezirksdemokratie in der Form gegeben haben, eine große Unzufriedenheit. Eine große Unzufriedenheit was die Ausstattung anbelangt, die schwebende Diskussion wird es noch in den Bezirksämtern geben, dass was Sie eben vorgetragen haben, dass man sich sehr oft als zuständig fühlt, aber dann nichts tun kann und ich habe deswegen auch die vielen Bezirksratsprotokolle, wo man uns mitgeteilt hat, dass man sich die und die Veränderung wünscht, jetzt im Präsidialamt zusammentragen lassen und dass wir im Herbst dann auch gemeinsam über eine Reform unserer Bezirksdemokratie gemeinsam nachdenken werden. Also insofern ist das, was Sie gesagt haben, nur noch das Tüpfelchen auf dem i und wir haben das sicherlich erneut zu diskutieren auch mit unseren BezirksvorsteherInnen und Bezirksräten, und das werden wir ab dem Herbst tun.

Zwischenruf GR. Herper: Bravo, Herr Bürgermeister.

2) Heimgartenlage SGP, Fristerstreckung der Kündigung

GR. **Simbürger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Simbürger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wie vom Herrn Bürgermeister bereits erwähnt, geht es bei meiner Anfrage um die Heimgartenanlage Siemens SGP. In einer „Nacht- und Nebel-Aktion“ wurden Heimgärtner der Anlage Lend-West in der Eggenbergerstraße/Asperngasse/Laudongasse und Daungasse von der SGP-Siemens als Eigentümerin mit 31. Oktober dieses Jahres gekündigt, die Heimgartenanlage soll aufgelassen werden.

Das Paradoxe daran, meine Damen und Herren, wofür dieses Areal in Zukunft genutzt werden soll, ist – zumindest dem Bezirksrat Lend - noch nicht bekannt. Umso mehr sorgt diese knappe Befristung für Verärgerung: Denn die Anlage ist in einem dicht verbauten Wohngebiet gelegen, das heißt, eine künftige Verbauung ist ohne rechtsgültigen Bebauungsplan, ohne städtebauliche Gutachterverfahren, ohne rechtsgültige Baubewilligung ohnehin nicht möglich; und dass Derartiges viel Zeit braucht, ist klar, da werden, meine Damen und Herren, keine Bagger am 1. November auffahren. Die Frage, die sich die Betroffenen wie auch der Bezirksrat Lend berechtigterweise stellt: Warum müssen dann die Heimgärten in einem solchen Blitztempo verschwinden?

Denn diese unverständliche Befristung erschwert es natürlich, nach Lösungen zu suchen - entweder für die gesamte Anlage, und wenn das nicht geht, zumindest für einen Teil davon. Aber das Mindeste wäre wohl, den Heimgärtnern eine derartige Frist einzuräumen, damit sie die Möglichkeit haben, sich um Alternativen umzuschauen und gleichzeitig mit der Räumung ihres gesamten Hab und Guts auf Ersatzflächen umzusiedeln. In diesem Sinne hat mittlerweile auch der Bezirksrat

Lend, und meines Wissens einstimmig, in einer Petition die Siemens Verkehrstechnik ersucht, die Kündigung auszusetzen bis feststeht, was mit dem Areal in Zukunft zu geschehen hat beziehungsweise bis rechtsgültige Baubewilligungen vorliegen und der Baubeginn unmittelbar bevorsteht.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob auch Sie bereit sind, die Petition des Bezirkrates Lend, und ich glaube, meines Wissens gibt es auch eine Petition des Bezirkrates Eggenberg, zu unterstützen und ebenfalls Gespräche mit der Siemens Verkehrstechnik zu führen, um zumindest eine Fristerstreckung zu erreichen? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Erlauben Sie mir auch da, dass ich eine kurze Antwort gebe, weil es ein wichtiges und dringliches Anliegen ist. Ich habe jetzt auch einige Schreiben bekommen und einige Anrufe und habe mir auch erlaubt, schon Stellung zu beziehen. Im Jahre 1995 wurde zwischen der Firma Siemens und Herrn Altbürgermeister Alfred Stingl eine Vereinbarung damals getroffen, welche besagt, dass dieses Areal von der Firma Siemens nach Änderung des Flächenwidmungsplanes einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden kann. Die Flächenwidmungsplanänderungen wurden im Jänner vergangenen Jahres rechtskräftig und besagt, dass der vordere Teil Kerngebiet, das nächste Areal dahinter als Wohnen allgemein und als Abschluss eine öffentliche Parkanlage ausgewiesen sind. Der Flächenwidmungsplan wurde mit einer großen Mehrheit hier im Grazer Gemeinderat ja beschlossen. Umgehend nach Bekanntwerden dieser Nutzungswünsche durch die Firma Siemens habe ich mit dem angrenzenden Heimgarten der GVB Kontakt aufgenommen und der dortige Obmann, Herr Friedrich Erjatz, hat mir mitgeteilt, dass es in dieser Anlage einige freie Plätze gibt, das heißt, es war auch meine Antwort an viele, die gesagt haben, ich habe nichts mehr und wo wir gesagt haben, versuchen wir einmal die dort als erste Hilfe gleich einmal

unterzubringen. Abzuklären wäre auch noch, ob es in der Heimgartenanlage Steinfeld beziehungsweise Algersdorf dort noch freie Kapazitäten gibt, auch das werden wir anfragen. Gerade in den letzten Jahren haben wir insgesamt viel zusammengebracht, wenn ich an die Schörgelgasse denke und da haben wir viel getan, jetzt hat aber die Firma Siemens einen Rechtsanspruch und sie hat sich Anfang April ja schriftlich bei uns gemeldet, ich habe das einmal auch im Stadtsenat kurz berichtet, und uns mitgeteilt, dass jetzt wahrscheinlich die Betroffenen demnächst vor unserer Türe stehen werden, weil sie das jetzt umsetzen wollen und ich glaube auch, um den Verkauf des Grundstückes geht es. Deswegen wird es eher so laufen, wenn das Grundstück verkauft werden sollte, wird es schon geräumt übergeben werden müssen. Und wir werden uns noch einmal einsetzen in Ihrem Sinne, dass man sagt, muss das wirklich schon sein oder kann man noch eine Fristerstreckung tun, so wie ich damals mit Siemens gesprochen habe, war es eine ziemlich endgültige Entscheidung, aber wir sollten uns noch einmal dafür einsetzen, dass einige Personen auch sehen, dass, es uns ein Anliegen ist, dass wir das tun. Insgesamt muss man schon auch sagen, dass wenn es dann dort auch nach der Verbauung zu dieser öffentlichen Parkanlage kommt, und das haben wir hier gemeinsam hier deshalb auch so beschlossen, dass es dann ein Öffnen für alle Bürgerinnen und Bürger dort gibt und dass das natürlich auch ein Vorteil ist. Also in diesem Sinne danke ich für Ihr Bemühen und wir werden das nochmals auch versuchen.

4) Hospiz

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit März 2002 betreiben die Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz das erste stationäre Hospiz in der Steiermark in Kooperation mit dem Steirischen Hospiz-Verein, mit der Palliativkoordination des Landes Steiermark und der KAGes, der CARITAS und den bestehenden Palliativstationen.

Die Steiermark war zuvor eine der letzten Regionen der OECD, die kein stationäres Hospiz hatte.

Die Unterbringung erfolgt jedoch vorübergehend im zur Nutzung verwendeten Haus für Betreutes Wohnen in 2-Bett-Zimmern. Gemäß internationalem Standard sind 1-Bett-Zimmer mit Schlafmöglichkeit für Angehörige notwendig. Nunmehr besteht eine einmalige Chance, ein bestehendes Objekt am Areal Gries zum Albert-Schweitzer-Hospiz-Haus umzubauen.

Der Hospizverein ist jedoch nicht in der Lage, eine namhafte Trägerschaft für eine Pflegeeinrichtung zu übernehmen, er ist aber gerne bereit, sich im Sinne des steirischen Hospiz-Gesamtkonzeptes an der Planung und letztlich an der Kooperation nach Möglichkeit und Kräften einzubringen.

Es wurde bereits ein sehr gutes Konzept erarbeitet, dass es möglich macht, mit vergleichbar geringen Mitteln, zirka drei Millionen Euro, eine dritte Säule für das im Übrigen gut eingerichtete Hospizwesen in der Steiermark aufzubauen. Diesbezüglich ist auch bereits ein Ansuchen an Herrn Landesrat Erlitz ergangen, doch bis dato ist keine Antwort erfolgt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, beim nächsten Stadt-Land-Gipfel dieses Projekt in die Verhandlungen miteinzubeziehen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann gleich sagen, es wird genauso miteinbezogen werden, weil wir das in den letzten Monaten schon gemeinsam stark getan haben, und der nächste Gipfel zwischen Stadt und Land soll noch in diesem Monat stattfinden.

5) Schuldnerberatung in Graz

GRin. **Felbinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! 300.000 Österreicher sind extrem hoch verschuldet, das durchschnittliche Minus pro Haushalt liegt bei €66.000,-. Die Tendenz ist steigend.

Schuldnerberatung soll per definitionen professionelle Hilfe leisten, die eingreift, wenn Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind oder zu geraten drohen.

Die Schuldnerberatung in der Steiermark und damit auch in Graz, ist als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert, sprich, sie wird von der öffentlichen Hand finanziert.

Die Beratungsstellen sind notwendige Einrichtungen für alle Bürger, die alleine mit ihrer schwierigen Situation nicht fertig werden. Die Anlaufstellen müssen aber in der Lage sein, das Bestmögliche für die Hilfe Suchenden zu bieten. Damit meine ich, rasche, konkrete und unbürokratische Hilfestellungen.

Die Schuldnerberatungsstelle in Graz hat diesen professionellen und kompetenten Ruf nicht. In der letzten Zeit kamen sehr viele Betroffene zu uns und gaben an, dass ihnen nicht in dem Ausmaß geholfen wurde, wie das eigentlich der Fall sein sollte. Viele von ihnen hatten das Gefühl wie Bittsteller, „Sünder“ oder „von oben herab“ behandelt zu werden. Menschen, die von Arbeitslosenunterstützung, Notstand oder Sozialhilfe leben, haben von der Schuldnerberatung bei der Lösung ihrer Probleme keine Unterstützung zu erwarten. Sie werden weggeschickt.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind sie bereit, sich beim zuständigen Landesrat, Kurt Flecker, dafür einzusetzen, dass es zu Verbesserungsmaßnahmen in der Schuldnerberatung Steiermark GmbH kommt, damit kompetente und professionelle Unterstützung für die Menschen gewährleistet werden kann? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Ich werde mich da sicherlich einsetzen, aber ich muss zuerst den ganzen Sachverhalt noch einmal klären, Sie werden da auch schriftlich eine Antwort bekommen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Heimgartenanlage Eggenberger Straße/Laudongasse

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage bezieht sich auch auf die Heimgartenanlage Eggenberger Straße/Laudongasse, was nur die Dringlichkeit in dieser Frage verdeutlicht. Seit der Zwischenkriegszeit wird eine rund 40.000 m² große Anlage in der Eggenberger Straße/Laudongasse für Heimgärten genutzt. Ein Großteil dieses Grundstückes ist im Besitz der Firma SGP, ein Teil gehört den Stadtwerken und ca. 1,3 ha sind in den Händen der Stadt Graz. Nun haben die Heimgärtner und Heimgärtnerinnen eine schriftliche Kündigung bekommen und bangen um den Erhalt der Anlage.

Meine

A n f r a g e

lautet folgendermaßen: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, sich für den Erhalt der Heimgartenanlage Eggenberger Straße/Laudongasse einzusetzen und ein Gespräch zwischen den Eigentümern und den Heimgärtnern und Heimgärtnerinnen herbeizuführen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Magister! Sie haben vorher meine Anfragebeantwortung schon gehört. Wir werden alles tun, um dort helfen zu können. Nur der Gemeinderat hat ja de facto schon einen anderen Beschluss gefasst, aber vielleicht können wir es abmildern und wir werden schauen, wo wir mithelfen können.

7) Staub- und Lärmbelästigung in Straßgang

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine werten Kollegen! Seit einigen Tagen belästigt eine Errichtung einer Betonmischanlage, einer neuen die Anrainer in Strassgang, Mühlfelderweg.

Die Belästigungen ergeben sich eben aus dieser noch nicht in Betrieb befindlichen, im Probetrieb befindlichen Mischanlage und ich habe daher das Umweltamt, die Baudirektion und das Gewerbeamt um Überprüfung aller relevanten Auflagen gebeten und es scheint so zu sein, dass bei diesem Bauvorhaben keine Bauverhandlung abgeführt wurde.

Neben dieser akuten Belästigung ist weiters mit einer erheblichen Verkehrsbelastung in diesem Gebiet durch etwa hundert zusätzliche Fahrten von Betonmischwägen zu rechnen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Siegfried!

Ich richte namens unseres Gemeinderatsklubs an dich die

A n f r a g e :

Bist du bereit, bei der Umsetzung folgender Anrainerforderungen behilflich zu sein:

1. Verkehrsanbindung dieses Industriegebiets an den Autobahnzubringer
2. Einhausung aller feinstaubrelevanten Anlagenteile und
3. Gewichtsbeschränkung in den umliegenden Wohnstraßen?

Ich bedanke mich schon im Vorhinein (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Mobiles Parken in Graz

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Ja, meine Damen und Herren, es scheint so zu sein, dass die GPG eines meiner Hauptthemen in diesem Haus werden wird. Es gibt das Projekt, wie wir alle wissen, mobiles Parken (Handyparken). Wir haben heute schon gehört, die Finanzlage der Stadt, die Aufgabenkritik, ist ein ernstes Problem für uns alle und das Handyparken ist eine reizvolle Geschichte, aber es stellt sich die Frage für mich, kann sich die Stadt in dieser Situation so ein Zusatzservice für einen geringen Teil der Parker leisten oder sollen wir uns das leisten? Hier einige Zeilen aus dem Projekt: Die GPG wurde beauftragt, die technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für das Projekt "Mobiles Parken in Graz " zu erarbeiten.

Die GPG bedient sich wieder teurer Beraterfirmen und die Einführungskosten werden mit annähernd € 400.000.- beziffert. Die laufenden Kosten per anno sollen sich auf € 250.000.- belaufen plus eines zusätzlichen Dienstpostens im Parkraummanagement. Vergleichszahlen aus anderen Städten zeigen uns aber, dass nur ein verschwindend kleiner Anteil von diesem Angebot Gebrauch macht, so ist in Wien ein Anteil der Parkvorgänge etwa unter 5 %, die mit Handys abgewickelt werden.

Herr Bürgermeister, ich richte daher an dich die

A n f r a g e

auf Grund der finanziellen Lage der Stadt, ob du bereit bist, die Wirtschaftlichkeit und die strengen Richtlinien zu überprüfen und gegebenenfalls die Einführung des Handy-Parkens vorläufig auszusetzen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Werbung für „Geschichte der Stadt Graz“

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Geschichte der Stadt Graz war heute schon die Rede. Sie war auch schon zu bewundern, sie schildert in sehr verständlicher Art und Weise die Entwicklung unserer Landeshauptstadt und beschreibt das Leben und Wirken ihrer Bewohner unter verschiedensten Aspekten.

Um diese vierbändige Arbeit auch zu einem vertretbaren Preis im Geschäft anbieten zu können, hat sich die Stadt Graz zu einer nicht unbeträchtlichen Förderung entschlossen. Leider entwickelt sich der Verkauf dieses Werkes nicht so wie erhofft – was nicht als Hinweis auf die Qualität zu verstehen wäre, sondern auf seine mangelnde Bekanntheit bei den Bewohnern und Freunden unserer schönen Stadt zurückzuführen ist, da dieses Produkt nicht ausreichend beworben wurde.

Daher komme ich zu meiner

A n f r a g e ,

die ich namens der KPÖ stelle:

Sind Sie bereit, dafür einzutreten, dass dieses Werk im Internetauftritt der Stadt Graz, im BIG und von den Magistratsabteilungen für Kultur und Tourismus stärker beworben wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Nachdem ich dieses Produkt damals vorstellen durfte und auch begeistert bin, freue ich mich, dass Sie auch mitdenken und diese Anregung geben. Ich werde veranlassen, dass wir sowohl in der BIG als auch bei unserem Internetaufreten hier dieses Produkt ins Internet beziehungsweise in die Medien bringen. Ich bin mir sicher, wir können auch bei Graz-Tourismus einen Partner finden, damit wir diese Geschichte der Stadt Graz auch besser verkaufen. Danke und das werden wir machen.

10) Umbau des Bürgermeisteramtes

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auf dem Weg zur heutigen Gemeinderatssitzung konnten wir eindrucksvoll die baulichen Veränderungen des Bürgermeisteramtes wahrnehmen. Vor allem die Absperrung des ursprünglich für die Allgemeinheit zugänglichen Ganges vor dem Gemeinderatssitzungssaal durch eine Glastür ist ein im Sinne der Transparenz gelungenes, innenarchitektonisches Glanzstück. Dass Sie als Bürgermeister Ihr Amt insbesondere nach innen gestalten wollen, ist Ihr gutes Recht, das Ihnen auch niemand nehmen will.

Dennoch richte ich an Sie heute folgende

A n f r a g e :

Kann es sein, dass ich eine von Ihnen ausgesprochene Einladung zu einer Information über die Pläne der baulichen Veränderungen Ihres Amtes, deren Umsetzung mittlerweile in einem außerordentlichen Maß öffentlichen Raum für GemeinderätInnen, JournalistInnen und BürgerInnen beschnitten hat, versäumt habe? Denn dann müsste ich mich für meine Abwesenheit bei Ihnen in aller Form dafür entschuldigen!

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Ich gebe Ihnen darauf wirklich gleich gerne eine Antwort. Ich habe, wie ich ins Bürgermeisteramt einziehen durfte, festgestellt, dass wir so eine Art Staufensystem haben, eine Türe mit der Kamera, du musstest anläuten, dann kamst du in einen Raum hinein, der war voller Bilder, aber es war kein Mensch vorhanden. Dann gab es wieder eine Tür, nach dieser Türe gab es dann zwei Arbeitsplätze und Schreibtische, eben auch für eine Kulturhauptstadt und die zweitgrößte Stadt in Österreich nicht gerade ein Renommee, wenn du dann mit Nobelpreisträgern oder Menschen wie Michail Gorbatschow, wenn du sie empfängst dort, durchgehen musst. Wir haben uns dann entschlossen, dass wir unser Amt nicht nach innen organisieren und gestalten wollen, sondern dass wir es für die Bürgerinnen und Bürger gestalten wollen, dass sie den Eindruck haben, dass hier Transparenz herrscht, dass hier Freundlichkeit ist, dass Licht ist und dass es schöner wird. Das haben wir gemacht, dafür bin ich auch dankbar, ich glaube auch, dass es dem Architektenteam gut gelungen ist, wir haben das abgesprochen mit dem Bundesdenkmalamt und ich versichere Ihnen zwei Dinge: Das eine ist, diese Türe wird auch während der Gemeinderatssitzungen nicht versperrt werden. Es wird dort genauso viele Sitzmöglichkeiten geben und die Türe soll offen sein für alle, die sie hier aufgezählt haben und darüber hinaus und wir haben, das habe ich auch in den letzten Jahren bewerkstelligen können, so etwas wie ein Mediacenter hier herinnen geschaffen. Dieses Mediacenter wird jetzt auch die Direktübertragung vom Gemeinderatssaal hinüber in die Räumlichkeiten bewerkstelligen. Dort können wir dann noch besser und verstärkt auch unsere Journalistinnen und Journalisten, wenn sie herkommen, einladen, dass man sich auch in Ruhe zurückziehen kann, wenn man will, aber mit einem Ohr auch immer hier an der Gemeinderatssitzung teilnehmen kann. Also es ist für beides vorgesorgt und ich bitte Sie, diese

Entscheidung, die ich da getroffen habe, zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe nicht vor, jemanden auszugrenzen, sondern, ganz im Gegenteil, ich möchte die Türe öffnen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Sie hätten gar keine Türe öffnen müssen, wenn Sie keine Türe dorthin gestellt hätten, das wäre der einfachste Weg gewesen meiner Meinung nach und eine Nachsatzfrage. Ist es möglich, dass der Gemeinderat auch erfahren kann, was das Ganze gekostet hat, denn in einer Zeit der Aufgabenkritik, und überall muss gespart werden, wäre das eine sehr spannende Information.

Bgm. Mag. **Nagl**: Diese spannende Information werden Sie sicherlich bekommen. Wir werden auch eine Endabrechnung haben. Wissen Sie, ich habe in den letzten sechs Jahren, vor allem in den letzten fünf Jahren, bevor ich Bürgermeister geworden bin, dafür gesorgt, dass alle Amtsräumlichkeiten, egal ob Amtshaus oder hier im Rathaus oder darüber hinaus wirklich in einem Zustand sind, auf den wir stolz sein dürfen auch als Rahmenbedingung (*Applaus ÖVP*). Das Bürgermeisteramt ist damals nicht umgebaut worden und eine Türe haben wir schon weggerissen, eine zweite wird auch noch weggerissen, diese braune Türe mit diesem Glasfenster, das kommt noch weg, es wird nur noch die Glasscheibe bleiben und in diesem Sinne bitte ich Sie, mit Freuden auch diese Räumlichkeiten zu benutzen. Sie sind eingeladen (*Applaus ÖVP*).

11) Haus Hofgasse 3

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Gerüchte um einen etwaigen beantragten Teilabbruch des Hauses Hofgasse 3 verdichten sich zunehmend und in Anbetracht der Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate ist die Sorge um den Verlust eines weiteren, wertvollen Altstadthauses groß und berechtigt.

Daher meine

A n f r a g e

an Sie,

sind Sie bereit, den Gemeinderat spätestens in der Gemeinderatssitzung vom 8.Juli 2004 und selbstverständlich unter Wahrung des Datenschutzes, also möglicherweise im nicht öffentlichen Teil, über den derzeitigen, baurechtlichen Aktenstand des Hauses Hofgasse 3 zu informieren?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Baumschlägerungen am Rieshang

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Die zweite Anfrage betrifft Baumschlägerungen am Rieshang. In den letzten Monaten wurde im Stiftingtal, genauer im Bereich des „Rieshanges“ eine beträchtliche Waldfläche äußerst intensiv forstwirtschaftlich „genützt“.

Wenngleich es selbstverständlich jeder privaten WaldbesitzerIn unbenommen ist, ihren Wald nach eigenem forstwirtschaftlichen Gutdünken zu bearbeiten, solange die Bestimmungen des Forstgesetzes eingehalten werden, bleibt bei Betrachtung des betreffenden Waldstückes ein bitterer Nachgeschmack:

Zwar hat die Stadt Graz für die Bewirtschaftung der eigenen Wälder einen vorbildlichen Waldpflegeplan entwickelt und beschlossen, dieses Konzept hilft uns aber nicht, wenn es darum geht, private WaldbesitzerInnen von der Sinnhaftigkeit einer nachhaltigen wirtschaftlichen und ökologischen Waldpflege zu überzeugen.

Auch wenn nun im vorliegenden Fall im Zuge der Schlägerungsarbeiten ein beträchtliches Maß an irreversiblen Fehlern geschehen ist (was mir von Fachleuten bestätigt wurde), wäre es dennoch anstrebenswert, mit dem Besitzer des genannten Waldes in Kontakt zu treten und zu versuchen, ihn von der ökologischen und ökonomischen Sinnhaftigkeit einiger Maßnahmen zu überzeugen, die auch jetzt noch durchführbar sind.

Dies betrifft vor allem die Entfernung von zahlreichen beschädigten, aber noch stehenden Bäumen, aber auch die Sanierung des durch intensiven Maschineneinsatz verwüsteten Waldbodens und die Wiederherstellung alter Wege.

In diesem Sinne richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, den Grazer Stadtförster zu beauftragen, mit dem Besitzer des genannten Waldstückes in Kontakt zu treten, um zu versuchen, diesen von der Sinnhaftigkeit der oben angeführten Pflegemaßnahmen zu überzeugen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.